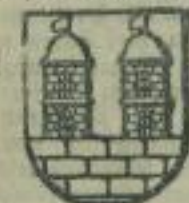


# Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Amtsblatt



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Druckerei bei Gebhardtstraße 10.

Abdruckpreis: Die für die 4-gepaltenen Korrespondenz oder deren Raum, 10 Pf. / Anzeigenpreis: Die 10 Zeilen für 1 Tag 1 Pf. / Abdruckpreis: Die 10 Zeilen für 1 Tag 1 Pf.

für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Volksred.-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 107 | Mittwoch den 12. Mai 1920 | 79. Jahrg.

## Ämtlicher Teil.

Als Beiträger der Besitzer von Pferden und Rindern zur Deckung der a) im Jahre 1919 an Viehseuchen-Entschädigungen (Verordnung vom 6. April 1912, G. u. V.-Bl. S. 51 ff.) b) vom 1. Januar 1919 bis 31. März 1920 an Entschädigungen für nichtgewerbliche Schlachtungen (Gesetz vom 2. Juni 1898 und Ausführungsv.-Verordnung vom 2. November 1906, G. u. V.-Bl. S. 74 u. 364 ff.) bestim�enen Beiträge sind nach der Viehauzeichnung vom 1. Dezember 1919 zu leisten für jedes im Privatbesitz befindliche Pferd zu a: 3,06 Mk., Rind unter 3 Monaten zu a: 78 Pf., Rind von 3 Monaten und darüber zu a: 78 Pf., zu b: 3,48 Mk., zusammen 4,26 Mk. sowie für jedes im Reichs- oder Staatsbesitz befindliche Rind von 3 Monaten und darüber zu b: 3,48 Mk.

Die Erhebung dieser Beiträge erfolgt demnächst durch die Gemeindebehörden. Wegen der Erhebung und Ablieferung der Beiträge verbleibt es bei dem jetzigen Verfahren. Dresden, am 8. Mai 1920. 530 V V Wirtschaftsmiisterium.

## Fettverteilung.

Der Preis für die Margarine, die in der Woche vom 10. bis 16. Mai auf den Abschnitt W der Landesfettkarte und auf die Krankenbutterkarten ausgegeben wird, beträgt nicht 18 Mark, sondern nur 8,40 Mark für das Pfund. Weissen, am 10. Mai 1920. Nr. 491 a II O. Kommunalverband Weissen-Stadt und -Land.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags anzugeben.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Wie in Regierungskreisen verlautet, rechnet man mit der Klärung des Meinungs noch vor Pfingsten.
• Der Führer der französischen Sachverständigenkommission zur Festlegung der Kriegsschadung sprach sich für sofortige Begrenzung der Entschädigungssumme aus.
• Wie verlautet, plant die preussische Regierung die Verabschiedung aller Beamten über 60 Jahre.
• Die türkische nationale Armee rückt gegen die Dardanellen vor.

## Abwärts?

Von besonderer Seite wird uns zur augenblicklichen Geschäftslage geschrieben: Mit ungewöhnlicher Leichtigkeit haben sich so ziemlich alle Schichten des deutschen Volkes in die tiefsten Tiefen der Unmuthungen hineingefunden, die uns die letzten Jahre gebracht haben. Das aber der fabelhafte geschäftliche Aufschwung der Nachkriegszeit wieder einmal stilleren Konjunkturen Platz machen mußte, das will vielen Leuten noch immer nicht in den Kopf. Verhinderung, Verärgerung, wozu man hört; nicht einmal die Käufer, deren Zurückhaltung jetzt für die allgemeine Klause im Geschäftsleben verantwortlich gemacht wird, freuen sich über den Einfluß, der ihnen plötzlich zugeschrieben wird; während sie bisher doch die hohen Preise, die ihnen abverlangt wurden, mit einer gewissen Fröhlichkeit, zum mindesten aber mit offener zur Schau getragener Würdigung bezahlten. Es ist keine Lust zu leben heutzutage, so viel fehlt. Was aber werden gar die nächsten Wochen und Monate uns erst noch bringen? Doch bleiben wir bei der Geschäftslage, wie sie gegenwärtig ist. Können die Verbraucher erwarten, daß die Preise heruntergehen, und tun sie also recht oder unrecht dazu, den Warenbesitzern ganz gegen die Gewohnheit der letzten Jahre die alte Schuler zu zeigen? Wenn man die Zahler großer Verkaufshäuser hört, denen ja reiche Erfahrungen im Ein- und Verkauf nicht abzusprechen sind, so wird die Zurückhaltung des Publikums auch nicht imstande sein, an der verhängnisvollen Zwangslage der heutigen Preispolitik etwas Wesentliches zu ändern. Man solle nur erwägen, daß ein Kilo Hochseide z. B. jetzt 3200 Mk. koste, gegen 50 Mk. im Frieden, ein Kilo Baumwolle 100 Mk., gegen höchstens 1 Mk. im Frieden, und sich dann selber überlegen, was verhältnismäßig geringfügige Preisveränderungen auf dem Rohstoffmarkt oder leichte Verbesserungen der Saluta dabei helfen könnten. Angebot und Nachfrage seien längst nicht mehr maßgebend für die Preisbestimmung, und was auf der einen Seite vielleicht an Materialkosten erspart werde, das werde auf der anderen Seite durch immer neues Anziehen der Lohnskalaube unvorgerichtet wieder weggemacht - zum mindesten. In der Textilbranche z. B. würden wir sehr bald ganz und gar auf die Einfuhr angewiesen, also an den Weltmarktpreis gebunden sein, da unsere inländischen Vorräte binnen kurzem völlig aufgebraucht sein müßten. Wie soll dann das reguläre Geschäft an eine Preislenkung denken können? Die Geschäftswelt weiß wohl, daß das Publikum auch jetzt verstimmt ist, daß es zuletzt an der Waage viel Geld verloren hat und daß es sich auf den Einkauf der allernotwendigsten Waren beschränkt, um auf diese Weise den Preisabbau zu erzwingen. Es macht geltend, daß die Warenbesitzer in den Zeiten, da ihnen jeder Preis bewilligt wurde, genug und übergenug verdient hätten, und daß sie deshalb endlich an die Wandelbarkeit aller irdischen Dinge nachdrücklich erinnert werden müßten. Die Geschäftswelt wiederum weist auf die immer noch andauernde Unübersichtlichkeit aller Verhältnisse hin: was werden uns die nächsten Breiten in politischer und wirtschaftlicher Beziehung bringen, werden wir nicht neue soziale Erschütterungen zu überwinden haben - wer kann unter solchen Umständen es verantworten, einen Schritt nach abwärts zu tun, von dem niemand wissen kann, wo er enden wird? Und würde das Publikum nicht

in jeder ersten Preisüberprüfung nur den Anfang vom Ende der Erzeugung erblicken und nur noch um so hartnäckiger in seiner ablehnenden Haltung verharren, bis ein Niveau erreicht sein würde, das seinen Ansprüchen vollumfänglich entspreche? Die Entsehl z. B. sind schon Williger geworden, aber wenn heute der Unterboden für Verrentnisse immer noch 100-110 Mk. kostet, während Futuraten und Arbeitslöhne von Monat zu Monat teurer werden, mag da nicht auch die Senkung der Fabrikatpreise sich in engbestimmten Grenzen halten? Und hat nicht auch der Geschäftsmann die Pflicht, an die Steuerlasten zu denken, mit denen jetzt erst gemacht wird, und an die Warenentwertung, die unweigerlich im Gefolge jeder Besserung des Marktes einherfährt? Im Grunde aber sind wir uns doch wohl darüber einig, daß erst, wenn die Notenspreise ihre unheimliche Tätigkeit einstellen würde, von einer wirklichen Festigkeit unseres Geldwertes die Rede sein könnte. Wer mag jedoch heute an die baldige Einstellung der Papiergeldfabrikation glauben? Hier und da mögen Anglorkäufe vorgekommen sein, aber die wollen nichts besagen, und Kreditwürdigkeiten, die in einzelnen Fällen eintreten können, wenn die Entschädigung des Publikums andauert, müssen überwunden werden; die Gesinntheit muß dann ihrer Solidariätspflicht genügen. Sehen erst die Käufer, daß ihre Hoffnungen auf baldigen Preisrückgang erfüllt bleiben, dann werden sie schon wieder in die Tasche greifen. Ja, dieser oder jener Verkäufer ist sogar der Ansicht, daß der Preisstand der Kaufkraft bereits hinter uns liegt. So liegen die Dinge, von beiden Seiten aus betrachtet. Tröstlich ist der Gedanke ganz gewiß nicht, weder für Verkäufer noch für Käufer. Etwas wäre immerhin schon gewonnen, wenn die Beteiligten hüllen und drücken sich von unberechtigten Vorwürfen, von sachlichen und trügerischen Verallgemeinerungen freihalten, wenn sie die Zwangslage der Entwicklung, in die wir geraten sind, nicht aus dem Auge verlieren wollten. Vielleicht könnte man sich dann wenigstens auf den Versuch einigen, die Preise, soweit ihre Verabreichung ein Ding der Unmöglichkeit ist, nicht noch mehr in die Höhe heften zu lassen. Wäre nicht auch dieses Ziel schon des Schweißes der Edeln wert?

## Verchiebung der Konferenz von Spa.

Nächst auf das Reichstagswahlergebnis. Der deutsche Antrag auf Verlegung der Besprechungen in Spa nach den Reichstagswahlen wird von den Entente-mächten voraussichtlich angenommen werden. Die deutsche Regierung legt Wert darauf, erst die neue Gestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland abzuwarten, ehe sie mit der Entente in neue Verhandlungen über die Durchführung des Friedensvertrages eintritt. Man scheint in Regierungskreisen offenbar mit einer starken Verchiebung der augenblicklichen Nachverhältnisse in Deutschland nach den Wahlen zu rechnen. Das augenblickliche Kabinett rechnet mit einer Neugestaltung nach den Wahlen und will aus diesem Grunde keine bindenden Abmachungen vor den Wahlen in Spa eingehen.

## Fixierung der deutschen Schuld.

Die französischen Finanzsachverständigen sind in London eingetroffen, um mit den englischen Sachverständigen über die Frage von Spa zu verhandeln. Der Führer der gemischten Delegation, der ehemalige englische Handelsminister Kuncman, erklärte, er sei für die sofortige Fixierung der Gesamtsumme, die Deutschland zu bezahlen habe. Er würde sogar mit Befriedigung sehen, wenn man noch eine Klausel hinzusetzen würde, durch die man den Deutschen sage, sie könnten eine Verabreichung der Gesamtsumme verlangen, wenn sie rascher bezahlen, als festgesetzt sei. Die Deutschen könnten auch außer Gold und Tratten Waren liefern, Kohlen, fertiges Material, wie zum Beispiel Eisenbahnmateriale. Die Wiedergutmachungskommission könne heute wie in fünf oder zehn Jahren die Entschädigungssumme festlegen, denn sie könne doch nie anders als an-

näherad bestimmt werden. Es sei unnütz, von Deutschland eine Summe zu verlangen, die es nicht bezahlen könne. Seine Schulden müßten durch eine ungenügende Differenziert werden. Man müsse also so genau als möglich ansetzen, was Deutschland bezahlen könne, ohne daß es seine Unternehmungen paralysiere, und von ihm verlangen, daß die Summe festgesetzt werde, ohne den Nationalen Schaden zu erhöhen und ohne ein wirtschaftliches Desastre herbeizuführen, indem man mehr verlange.

## Italiens Wohlwollen.

Bei Besprechung der Interpellationen über die auswärtige Politik sagte Ministerpräsident Nitti in der Kammer über die Konferenz in Spa, dieser Konferenz komme große politische Bedeutung zu. Die Alliierten würden jetzt zu prüfen haben, welche von Deutschland übernommenen Verpflichtungen aufrecht erhalten werden könnten. In bezug auf die Wiedergutmachungen werde man Deutschland Gelegenheit geben, eine runde Summe zu nennen, die von Seiten der Alliierten mit Unparteilichkeit geprüft werden würde. Dem deutschen Verlangen auf Überlassung von Geschützen und Flugzeugen würden die Alliierten aber nicht entsprechen können. Dagegen würden alle Wünsche Deutschlands zur Hebung seiner Produktion wohlwollend und eingehend berücksichtigt werden, denn ganz Europa habe ein Interesse daran, daß Deutschland wirtschaftlich sich wieder erhole, was auch für die anderen benachteiligten Völker gelte.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

• Die neue Sozialisierungskommission. Die Neuberaufsetzung der Sozialisierungskommission geht auf die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften beim Abbruch des Generalstreiks im März zurück. Schon einige Wochen vorher aber hatte, wie der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt mittelt, das Reichswirtschaftsministerium die Arbeiten der früheren Sozialisierungskommission wieder aufgenommen. In der Zusammenfassung sind gegen früher Änderungen eingetreten. Die Namen der Mitglieder der neuen Kommission werden noch in der Presse veröffentlicht. Außer der größeren Mehrzahl der früheren Kommissionsmitglieder hat sich die Kommission durch freie Skooptierung eine Anzahl namhafter Persönlichkeiten des wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens zugeeilt. Das Recht der Mitarbeit war durch die Wärgvereinbarung den Arbeitnehmervertretungen zugesichert worden. Aber es ist ein Symptom von großer Bedeutung, daß der neuen Kommission auch hervorragende Personen des Unternehmertums angehören. Die Kommission hat bei voller Wahrung ihres objektiven-wissenschaftlichen Charakters damit einen realpolitischen Anstrich gewonnen, der ihren Arbeiten und ihrem Ansehen in der Öffentlichkeit nur nützen kann.

### Italien.

• Ministerpräsident Nitti und Deutschland. In der Kammerrede verteidigte sich Nitti gegen den Vorwurf, in San Remo dem englischen Ministerpräsidenten blindlings gefolgt zu sein. Er wies darauf hin, daß Italien, wie ganz Europa, Interesse an der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands habe, damit es seine Verpflichtungen erfüllen könne.

### Polen.

• Der Vorwarsch gegen Rußland. Die polnisch-ukrainische Offensivarmee in besitzender Weise nach dem Friedensplan des Marschalls Pilsudski fort. Der zu Beginn sehr rasche Vorwarsch der Infanterie mußte wegen der Organisation der rückwärtigen Verbindung verlangsamt werden. Die polnische Kavallerie steht 12 Kilometer vor Kiern. Die 12. und 14. russische Armee sind völlig desorganisiert.

### Ungarn.

• Der unannehmbare Friedensvertrag. Die offiziell bekanntgemachte Tatsache, daß der der ungarischen Abord-